

Nationalräte fordern Waffenexport-Stopp

Trotz Krieg im Jemen liefert die Schweiz Teile für Kampffjets und Pistolen in die Golfregion

Adrian Schmid

Bern Der Bundesrat hat sich verrechnet. Die hitzige Debatte über die Kriegsmaterialexporte beruhigt sich keineswegs. Das, obwohl er diese Woche gleich zwei Rückzieher machte. Erstens beschloss die Regierung, entgegen ihrem ursprünglichen Plan die Ausfuhrregeln nun doch nicht zu lockern. Und zweitens will sie, zumindest vorläufig, keine Gesuche mehr für Ausfuhren von Kriegsmaterial nach Saudiarabien behandeln. Trotzdem spricht Grünen-Nationalrat Balthasar Glättli immer noch von einem «Skandal».

Warum? Glättli stört sich daran, dass andere Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain, die an der Seite von Saudiarabien im Jemen Krieg führen, weiterhin mit Kriegsmaterial aus der Schweiz beliefert werden dürfen. Er kritisiert den Bundesrat, weil dieser die Tür für Lieferungen

nach Saudiarabien nur deshalb schliesse, weil das Land durch den Khashoggi-Mord politisch in Misskredit geraten sei. Der saudische Regierungskritiker Jamal Khashoggi ist vor einem Monat im Konsulat seines Landes in Istanbul gewaltsam ums Leben gekommen. Seither wird Saudiarabien international geächtet.

Waffenexporte in die Golfregion nehmen zu

Jetzt zeigt sich sogar: Die Schweiz exportierte seit dem Kriegsausbruch im Jemen im Jahr 2015 Hunderte Pistolen und Gewehre in die Krisenregion, wie den Kontrollberichten des Bundes zu entnehmen ist. Viele dieser Waffen landeten zwar bei Privaten. Aber nicht alle. Auch die Armee der Emirate war Abnehmerin. Die königliche Garde erhielt aus der Schweiz mindestens neun Maschinenpistolen und fünf Pistolen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) bestätigt die Zahlen.

Zudem bewilligte der Bundesrat in diesem Jahr den Export von Ersatzteilen und Munition für Flugabwehrsysteme nach Bahrain und in die Vereinigten Arabischen Emirate. Dazu kommt eine brisante Rücksendung nach Bahrain: Es handelt sich dabei um Teile von F-5-Kampfflugzeugen, die in der Schweiz repariert wurden.

Jets aus Bahrain sind nachweislich Einsätze im Jemen geflogen. Ob die Maschinen mit Schweizer Teilen dazugehören, ist unklar. «Wir gehen aufgrund der Einsatzmöglichkeiten von F-5 nicht davon aus, dass diese im Jemen eingesetzt werden. Wir haben auch keine Hinweise darauf», schreibt das Seco. Offen bleibt, wie aktiv kontrolliert wurde. Das Seco muss denn auch einräumen: «Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es indes nie.»

Der Bundesrat handhabt seit 2016 Kriegsmaterialexporte in Länder, die in den Jemenkrieg involviert sind, restriktiver. Wenn

bei den Gütern ein «erhöhtes Risiko für die Verwendung im Krieg» bestehe, würden die Gesuche abgelehnt, schreibt das Seco.

Davon wurde auch Gebrauch gemacht. Die Ausfuhren nach Saudiarabien, Bahrain und in die Emirate gingen im letzten Jahr stark zurück – auf rund 8,4 Millionen Franken. In diesem Jahr sind die Exportzahlen aber wieder stark angestiegen. Alleine von Januar bis September beliefen sie sich auf 14,7 Millionen Franken. Beim Seco heisst es dazu: Kriegsmaterialexporte seien «sehr volatil». Ein einzelnes Geschäft könne zu grossen Schwankungen führen.

«Sonst klebt Blut an den Händen der Schweiz»

Mitte-links-Politiker kritisieren die Entwicklung trotzdem. «Das geht nicht», sagt GLP-Nationalrätin Tiana Angelina Moser. Glättli ist der Ansicht, dass «in ein solches Pulverfass» gar keine Waffen ge-

liefert werden sollten. Und SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf findet, dass die Exporte von Kriegsmaterial in die Golfregion grundsätzlich heikel seien. «Es ist unmöglich, mit gutem Gewissen Geschäfte mit diesen Staaten zu machen, ohne in ethische Konflikte zu geraten. Etwas anderes zu behaupten, ist Augenwischerei.»

Seiler Graf will deshalb den Bundesrat per Vorstoss zwingen, alle Kriegsmaterialexporte in die Länder, die am Jemenkrieg beteiligt sind, zu stoppen. In der CVP stösst der Plan auf Support. «Die Schurkenstaaten, die im Jemen Krieg führen, dürfen wir nicht mit Kriegsmaterial beliefern, sonst klebt Blut an den Händen der Schweiz», sagt CVP-Nationalrat Alois Gmür. Die Exporte in die Vereinigten Arabischen Emirate und nach Bahrain müssten ebenso unterbunden werden wie die nach Saudiarabien: «Wir müssen das im Parlament angehen.»

Resistenter Schweinekeim breitet sich in der Schweiz aus

Führende Veterinäre und Humanmediziner warnen seit Jahren – jetzt fordern sie von den Behörden endlich griffige Massnahmen

Bern In Schweizer Schweineställen grassiert ein multiresistenter Keim, der auch für Menschen zu einem ernsthaften Problem werden kann. Bei einem Monitoring des Bundes wurde im letzten Jahr eine starke Häufung des Krankheitserregers mit dem Kürzel MRSA CC398 festgestellt. Europaweit sind mehrere Fälle bekannt, die für Erkrankte tödlich endeten. Weil sie mit dem Schweinekeim infiziert waren, wirkten Antibiotika nicht mehr.

Der Keim besiedelt vor allem die Nasen der Schweine. Wegen des übermässigen Einsatzes von Antibiotika in der Tiermast hat er ein Resistenzgen entwickelt. Heimtückisch: Er nistet sich auch in Schleimhäuten von Menschen ein, die mit den Tieren zu tun haben. Betroffen sind Schweinebauern, Veterinäre, Tiertransporteure oder Schlachthausangestellte. Über sie wird der Krankmacher in Spitälern und Pflegeheimen eingeschleppt und stellt dort auch eine potenzielle Gefahr für Mitpatienten dar.

Erstmals wurde der Erreger in der Schweiz 2009 festgestellt. Damals fanden ihn die Veterinärbehörden in rund 2 Prozent der getesteten Tiere. Bis 2013 kletterte der Wert auf rund 21 Prozent und nahm dann nur noch moderat zu. Neue Zahlen zeigen jetzt: Letztes Jahr wurde ein enormer Anstieg verzeichnet. 44 Prozent der getesteten Tiere waren positiv. Das geht aus Daten hervor, welche die Sonntagszeitung gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz von den Bundesbehörden verlangt hat.

Wegen dieses Anstiegs fordern Tiermediziner und Infektiologen vom Bund nun konkrete Schritte, um die weitere Verbreitung zu stoppen. «Jetzt braucht es eine klare Risikoabschätzung und allenfalls griffige Massnahmen», sagt Vincent Perreten, Professor am Institut für Veterinärbakteriologie in Bern. «Einfach zuschauen ist keine Option, wertvolle Zeit ist bereits verstrichen», kritisiert And-



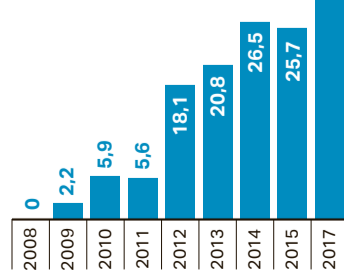
Die Krankheitserreger besiedeln Schweinerüssel: Dort stecken sich etwa Bauern oder Veterinäre an und verschleppen die Keime in Spitälern

Foto: Keystone

MRSA bei Schweizer Mastschweinen

In Prozent

Positive Schlachthof-Proben



Quelle: BLV (für das Jahr 2016 liegen keine Zahlen vor)

reas Widmer. Der stellvertretende Chefarzt am Universitätsspital Basel ist Präsident der Expertengruppe Swissnoso, welche die Behörden im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen berät.

Im Ausland gab es bereits Todesfälle

In seinem Überwachungsprogramm hat das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) im letzten Jahr in 19 Schlachtbetrieben bei 304 Schlachtschweinen Proben aus Nasenschleimhäuten und Blinddärmen genommen. Bei 134 Schweinen stellten Veterinäre des Bundes resistente Keime fest. 104 dieser

Tiere waren gegen vier oder mehr Antibiotika unempfindlich. Wieso es zu diesem Anstieg kam, wissen die Behörden nicht. «Eine spezifische Erklärung dafür gibt es nicht», schreibt das BLV.

Die für den Menschen typischen MRSA-Stämme konnten die Humanmediziner in den letzten Jahren unter Kontrolle bringen. Doch jetzt würde die hohe MRSA-Quote bei Schweinen eine Anpassung der Behandlungsrichtlinien nötig machen, sagt Swissnoso-Präsident Widmer. Kranke mit ständigem Schweinekontakt und deren Familienmitglieder müssten künftig speziell abgeklärt und behandelt werden. Bislang war dies

nur bei Patienten aus Gebieten mit hoher MRSA-Belastung, beispielsweise aus Italien, Griechenland oder Mitteldeutschland, der Fall.

Hier, im «Schweinegürtel» Deutschlands, ist der multiresistente Schweinekeim Spitalalltag. 85 Prozent der Schweinebauern tragen ihn laut einer aktuellen Untersuchung auf der Nasenschleimhaut. Ärzte des Universitätsspitals Münster berichteten von Patienten, bei denen Wunden trotz Antibiotikakuren nicht heilen. Mindestens zwei Patienten starben wegen des multiresistenten Keims. Auch in Dänemark bestätigten die Behörden Todesfälle. Forscher beobachten zudem, dass sich

der Schweinekeim auch dem Menschen anpasst. Laut einem Report der dänischen Behörden breitet er sich in der Bevölkerung aus. Eine Alarmmeldung kommt zudem von der europäischen Lebensmittelbehörde Efsa: In Portugal wurden bei zwei Zuchtschweinen in einem MRSA-Keim Resistenzen gegen das Antibiotikum Linezolid festgestellt, einem für die Behandlung kranker Menschen wichtigen Reserveantibiotikum.

Fachleute machten schon vor drei Jahren Vorschläge

Führende Schweizer Wissenschaftler warnen seit mehreren Jahren vor der «dramatischen Ausbreitung» des resistenten Keims. Bislang erfolglos. Trotz des beträchtlichen Anstiegs um 71 Prozent zwischen 2015 und 2017 haben die Veterinärbehörden des Bundes das Monitoring bei Schweinen dieses Jahr sogar ausgesetzt.

Studien der Vetsuisse-Fakultäten Zürich und Bern zeigen allerdings, dass sich die resistenten Keime unter Schweinen sehr rasch übertragen. Deshalb muss in Zukunft mit noch höheren MRSA-Quoten gerechnet werden. «Bei einer Durchmischung ist schon nach weniger als zwei Stunden ein Drittel ursprünglich nicht betroffener Schweine auch mit MRSA besiedelt», sagt Xaver Sidler von der Vetsuisse-Fakultät Zürich. Er und weitere Tiermediziner verlangten schon vor drei Jahren, dass betroffene Landwirtschaftsbetriebe ausfindig gemacht und der Handel mit betroffenen Schweinen in separaten Kanälen abgewickelt wird. «So kann die Verbreitung in Gesundheitseinrichtungen verhindert werden», schrieben sie, als die MRSA-Quote bei Schweinen erst rund halb so hoch war.

Man stehe im Austausch mit Behörden und Experten aus allen betroffenen Bereichen, liess das Veterinäramt des Bundes verlauten. Zur Forderung nach konkreten Massnahmen äusserte es sich allerdings nicht. Martin Stoll